

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN

BASTIAN SCHROEDER
FEE BRINKMANN
FLORIAN DAULL
NICOLE ROY

29. Oktober 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Spannungen in Jerusalem - kommt die Jerusalem Intifada?

Die zunehmenden Ausschreitungen rund um den Tempelberg, der anhaltende israelische Siedlungsbau und die sich immer weiter verschlechternden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Ost-Jerusalem Bevölkerung führen zu erheblichen Spannungen in Jerusalem.

Während die Sicherheitslage in der Westbank weitgehend stabil bleibt und in Gaza der Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur im Fokus steht, nehmen die Ausschreitungen in Jerusalem in den letzten Monaten stetig zu. Fast täglich kommt es inzwischen zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen jungen Palästinensern und der israelischen Polizei. Dieser Länderbericht versucht die Hintergründe dieser erneuten Gewaltspirale zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, um die Lage nicht weiter außer Kontrolle geraten zu lassen.

Rechtlicher Status

Jerusalem ist und bleibt einer der großen Streitpunkte im Nahost-Konflikt. Eine Stadt, die von Israelis und Palästinensern gleichermaßen als Hauptstadt beansprucht wird, in deren Altstadt die Zentren der drei abrahamitischen Weltreligionen sprichwörtlich nur einen Steinwurf voneinander entfernt liegen und deren Teilung in einen vorwiegend palästinensischen Ost- und einen israelischen Westteil immer dramatischere Ausmaße annimmt.

Der rechtliche Status Jerusalems ist umstritten, da keine allgemeingültigen rechtlichen Dokumente existieren, welche den finalen Status der Stadt klären.¹ In Palästinensisch-Israelischen Verhandlungen wurde die Diskussion um Jerusalem stets

auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Im Jahr 1980 hat die Knesset Jerusalem – einschließlich der 1967 besetzten Gebiete im Ostteil der Stadt unilateral zur ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels erklärt.² Dies wird gleichwohl international nicht anerkannt.³ Die Palästinenser und fast alle internationalen Akteure betrachten Ost-Jerusalem (das Stadtgebiet östlich der Waffenstillstandslinie von 1948, auch bekannt als „grüne Linie“) weiterhin als designierte Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staates.

¹ Vgl. hierzu das Fact-Sheet von Ilona-Margarita Stettner auf <http://www.kas.de/palaestinensische-gebiete/de/pages/11509/>

² Vgl. hierzu: das sog. Jerusalem Gesetz vom 30. 7. 1980, online unter: <http://www.mfa.gov.il/mfa/mfa-archive/1980-1989/pages/basic%20law-%20jerusalem-%20capital%20of%20israel.aspx>

³ Vgl. hierzu: die Resolution 478 des VN-Sicherheitsrates, online unter: <http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/0/dde590c6ff232007852560df0065fddb?OpenDocument>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN

BASTIAN SCHROEDER

TESSA LAMBRICH

FEE BRINKMANN

FLORIAN DAULL

NICOLE ROY

29. Oktober 2014

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Zwischen 1948 und Juni 1967 war Jerusalem in zwei Teile geteilt. West-Jerusalem, das bis dahin eine Fläche von etwa 38 km² umfasste, befand sich unter israelischer Kontrolle; Ost-Jerusalem, mit einer Fläche von rund 6 km² wurde von Jordanien regiert. Nach dem Krieg von 1967 annektierte Israel rund 70 km² vor allem im Osten der Stadt und übertrug die israelische Rechtsprechung auf das gesamte Stadtgebiet. Die annektierten Gebiete enthalten nicht nur den jordanischen Teil Jerusalems sondern auch weitere 64 km², die bis dahin zu 28 Dörfern in der Westbank gehörten. Nach der Annexion verdreifachte sich das Stadtgebiet und Jerusalem wurde zur größten Stadt Israels. Bei der Festlegung der Grenzen verfolgte man das Ziel, die israelische Souveränität über die Stadt durch die Schaffung einer jüdischen Mehrheit zu stärken. Da demographische Überlegungen entscheidend waren, vermied man die Aufnahme dicht besiedelter palästinensischer Gebiete. Während mehrere palästinensische Dörfer nun außerhalb Jerusalems liegen, befinden sich einige ihrer Ländereien innerhalb der Stadtgrenze.

Seit den frühen 50er Jahren akzeptiert die internationale Staatengemeinschaft die de-facto Anwendung israelischen Rechts in West-Jerusalem. Die Forderung die gesamte Stadt zu internationalisieren wird mittlerweile nicht mehr erhoben. Lediglich Aktionen (faktisch, rechtlich oder administrativ) Israels im annektierten Ost-Jerusalem werden von den Vereinten Nationen und der EU verurteilt. So nahmen sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch die Generalversammlung in diversen Resolutionen, z.B. zum Thema Siedlungsbau in Ost-Jerusalem, Bezug auf Verletzungen des humanitären Rechts (insbesondere der Vierten Genfer Konvention) in den besetzten palästinensischen Gebieten und nicht auf Verletzungen des Corpus Separatum

Planes.⁴ Auch der Internationale Strafgerichtshof (IGH) hat in seiner Stellungnahme zu den „Rechtlichen Konsequenzen des Baus einer Sperranlage in den besetzten Palästinensischen Gebieten“ Ost-Jerusalem mit einbezogen und sich sowohl auf die IV Hager Konvention (1907) als auch auf die Vierte Genfer Konvention bezogen, welche beide in besetzten Gebieten Anwendung finden.⁵

Die hierzu gegensätzliche israelische Position besagt, dass die UN-Resolution 181 keine völkerrechtliche Gültigkeit besitzt und zudem niemals umgesetzt wurde. Darüber hinaus gebe es weder einen völkerrechtlichen Vertrag bezüglich der „Internationalisierung“ Jerusalems, noch sei der Status Jerusalems als „Corpus Separatum“ Völkergewohnheitsrecht. Gleichzeitig sieht Israel Ost-Jerusalem nicht als besetztes Gebiet an, sondern leitet sein Recht an der gesamten Fläche Jerusalems aus 3000 Jahren Geschichte, sowie der Annahme ab, Jerusalem sei ohne Souverän gewesen. Diese Auffassung wird von der internationalen Gemeinschaft jedoch nicht geteilt.

Die großen drei Streitpunkte

In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Sicherheitslage in Jerusalem – und vor allem in den östlichen Stadtvierteln kontinuierlich verschlechtert. Die Entführung und anschließende Ermordung des palästi-

⁴ Vgl. hierzu: die Sicherheitsrat Resolution 446 vom 22.03.1979, online unter:

<http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/BA123CDED3EA84A5852560E50077C2DC>

⁵ Vgl. hierzu: International Court of Justice, „Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory,“ vom 09.07.2004, online unter: [http://www.icj-](http://www.icj-cij.org/docket/index.php?pr=71&code=mwp&p1=3&p2=4&p3=6)

[cij.org/docket/index.php?pr=71&code=mwp&p1=3&p2=4&p3=6](http://www.icj-cij.org/docket/index.php?pr=71&code=mwp&p1=3&p2=4&p3=6)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN

BASTIAN SCHROEDER

TESSA LAMBRICH

FEE BRINKMANN

FLORIAN DAULL

NICOLE ROY

29. Oktober 2014

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

nensischen Teenagers Mohamed Hussein Abu Khdeir als wahrscheinlichen Racheakt für die Entführung dreier israelischer Jugendlicher im Juni 2014 hat zum Ausbruch des bereits schwelenden Konflikts geführt. Seitdem kommt es fast täglich zu Demonstrationen und gewaltsamen Zusammenstößen zwischen israelischer Polizei und palästinensischen Jugendlichen. Die Auslöser für die erneuten Gewaltexzesse lassen sich grob in drei Kategorien einteilen.

1. Zunehmende Spannungen rund um den Tempelberg

Für Muslime ist der Tempelberg (arab. al-Haram ash-Sharif) und der ungehinderte Zugang zum dortigen Gebet von größter religiös-politischer Bedeutung. Seit dem Jahr 1187 wird der Tempelberg durch einen islamischen Waqf (eine Art religiöser gemeinnütziger Verein) verwaltet und seit 1924 fungiert zudem das jordanische Königshaus als „Wächter der Heiligen Stätten Jerusalems“⁶. Auch nach der israelischen Eroberung Ost-Jerusalems im Jahr 1967 hat sich die Verwaltungsstruktur nicht im Kern geändert. Der direkte Zugang zum Plateau des Tempelbergs wird allerdings von der israelischen Polizei kontrolliert. Ein Dekret des Jerusalemer Oberrabbinats an den Eingängen zum Tempelberg untersagt Juden den Zugang, um nicht versehentlich die Fläche des vormaligen Tempels zu betreten. Kommen Juden trotzdem auf den al-Haram ash-Sharif, so kommt es immer wieder zu Zusammenstößen mit den dort betenden Muslimen. Von muslimischer Seite hat man Angst vor möglichem Vandalismus der heiligen Stätten und die

Sorge, dass der so fragile Status Quo auf dem Tempelberg unilateral geändert werden könnte. Wie viel Sprengkraft der Besuch jüdischer Israelis auf dem Tempelberg beinhaltet, zeigte sich schon im Jahr 2000, als Ariel Sharon mit seinem Auftritt auf dem Tempelberg die Spannungen in der Westbank eskalieren ließ.

Während im Nachgang zur zweiten Intifada nur wenige Juden versuchten den Tempelberg zu betreten, hat in den letzten Jahren die Summe jüdischer Zutritte deutlich zugenommen. Die dem KAS-Büro Ramallah vorliegenden Zahlen der Verwaltung des al-Haram ash-Sharif (die nicht von anderen Stellen verifiziert werden können) sprechen von ca. 5700 bzw. 5792 jüdischen Besuchern auf dem Tempelberg in den Jahren 2009 und 2010. In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 befanden sich diesen Angaben nach bereits 7961 jüdische Besucher auf dem Tempelberg. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon äußerte sich diesbezüglich am 13. Oktober äußerst besorgt: „I am also deeply concerned by repeated provocations at the holy sites in Jerusalem. These only inflame tensions and must stop.“⁷

Hinzu kommt, dass sich der Zugang für Muslime auf den Tempelberg in der Summe schwieriger gestaltet als in vergangenen Jahren. Muslimische Männer unter 45 Jahren werden an vielen Freitagen und während jüdischer Festtage immer häufiger abgewiesen, was zu Frustrationen führt.

Gegenwärtig mehren sich zudem am rechten Rand der israelischen Politik

⁶ Vgl. hierzu: Jordanian-Palestinian agreement on Holy Places in Jerusalem, Amman 31. März 2013, online unter: <http://en.lpj.org/2013/04/04/full-text-of-the-jordanian-palestinian-agreement-on-holy-places-in-jerusalem/>

⁷ Vgl. hierzu: Times of Israel, „In Ramallah Ban Ki-moon blasts settlements, Temple Mount Strife“, 13. Oktober 2014, online unter: <http://www.timesofisrael.com/in-ramallah-ban-ki-moon-blasts-settlements-temple-mount-strife/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN

BASTIAN SCHROEDER
TESSA LAMBRICH
FEE BRINKMANN
FLORIAN DAULL
NICOLE ROY

29. Oktober 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Stimmen, die entweder eine räumliche oder zeitliche konfessionelle Aufteilung des Tempelbergs befürworten. Schon einzelne Äußerungen, wie die des stellvertretenden Knesset-sprechers Moshe Feiglin, dass "the first thing we have to do is to take the Muslim Waqf out of the Temple Mount and have only the Israeli police in charge. We have to get back our full sovereignty of the Temple Mount", werden im gesamten palästinensischen politischen Spektrum als direkte Provokation wahrgenommen. Sowohl die Hamas als auch Präsident Abbas haben bereits zur Verteidigung der Al-Aqsa Moschee aufgerufen.⁸ Auch auf jordanischer Seite zeigte man sich bereits deutlich alarmiert und will den UN-Sicherheitsrat einschalten. Bisher verneint die israelische Regierung aber vehement Pläne, unilaterale Änderungen am Status Quo des Tempelbergs vorzunehmen. Hierin läge ein unübersehbares Konfliktpotential nicht nur für die Stadt Jerusalem, sondern darüber hinaus die gesamte arabische Welt. Ziel aller friedliebenden Akteure muss es sein, im Rahmen der israelisch-palästinensischen Verhandlungen auch eine Lösung für Fragen rund um den Tempelberg zu finden, mit der beide Seiten sowohl auf politischer als auch religiöser Ebene einverstanden sind. Unilaterale Schritte werden den Konflikt vor allem in Jerusalem weiter befeuern.

2. Verstärkter Siedlungsbau in Ost-Jerusalem

Nach der Eroberung Ost-Jerusalems in Jahr 1967 unternahm die israelische Regierung große Anstrengungen

⁸ Vgl. hierzu: „Hamas leader urges Muslims to defend Jerusalem shrine from "Israeli seizure", Reuters, online unter: <http://www.reuters.com/article/2014/10/16/us-mideast-palestinians-hamas-idUSKCN0I524S20141016>

die eigene Bevölkerungspräsenz im Osten der Stadt zu stärken. Dies führte zu einem massiven Ausbau der Siedlungen, die sich heute in mehreren Ringen um die Altstadt legen. Mehr als ein Drittel der Fläche innerhalb der erweiterten Grenze Ost-Jerusalems wurde für den Bau und Ausbau von illegalen israelischen Siedlungen enteignet, was zu einer entsprechenden Verringerung der Land- und Ressourcennutzung durch die palästinensische Bevölkerung geführt hat.⁹ In den letzten Jahren stieg die Zahl israelischer Siedler nach UN-Angaben auf über 200.000 – und liegt damit annähernd gleich der Zahl palästinensische Einwohner.¹⁰ Nach Aussagen der UN stehen gleichwohl nur rund 13 % der Ost-Jerusalem Stadtfläche den palästinensischen Bewohnern als Bauland zur Verfügung, während die Siedlungen über rund die dreifache Fläche verfügen.¹¹

Hinzu kommt, dass gerade im Jahr 2014 kaum ein Monat verging, in dem keine neuen Siedlungen in der Westbank, aber vor allem auch in Ost-Jerusalem angekündigt wurden. Die letzte dieser Ankündigungen, den Bau von 1000 neuen Siedlerwohnungen in Ost-Jerusalem voranzutreiben, stammt vom 27. Oktober 2014, dem Höhepunkt der Ausschreitungen und zeigt keinerlei Entspannungspolitik.¹²

⁹ Vgl. hierzu: UN OCHA, „East Jerusalem Key Humanitarian concerns,“ März 2011, 2, online unter: http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_jerusalem_report_2011_03_23_web_english.pdf

¹⁰ Vgl. hierzu: OCHA, "East Jerusalem: Key Humanitarian Concerns," vom August 2014, online unter: http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_jerusalem_factsheet_august2014_english.pdf

¹¹ UN OCHA, „Special Focus 2009,“ online unter: <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/2F8FB6437DB17CA5852575A9004D7CB4>

¹² Am Mittwoch den 1. Oktober warnten das Weiße Haus sowie das US State Department, dass Israels

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN

BASTIAN SCHROEDER
TESSA LAMBRICH
FEE BRINKMANN
FLORIAN DAULL
NICOLE ROY

29. Oktober 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Der palästinensische Stadtteil Silwan nur wenige Meter außerhalb des jüdischen Altstadtviertels hat sich in den letzten Wochen zu einem Brennpunkt des Konflikts entwickelt. Hier hat sich die Zahl der jüdischen Siedler im letzten Monat fast verdoppelt. Getrieben durch ihre prekäre finanzielle, wirtschaftliche und soziale Lage entschieden sich mehrere palästinensische Familien ihren Besitz zu verkaufen. Über dubiose Mittelsmänner wurden die teilweise leerstehenden Häuser dann an neue jüdische Eigentümer weiter vermittelt. Dieser unklare Eigentumsübergang hat zu großen Spannungen in Silwan geführt. Die Obama-Administration verurteilte durch ihren Sprecher John Earnest die Übernahme der Häuser durch israelische Siedler scharf „The US condemns the recent occupation of residential buildings in the neighborhood of Silwan by people whose agenda provokes tensions“ ... „it only serves to escalate tensions.“ Seit dieser Zeit kommt Silwan und Ost-Jerusalem nicht mehr zur Ruhe. Viele Palästinenser befürchten selbst früher oder später ihre Häuser aufgeben und Jerusalem verlassen zu müssen.

3. Zunehmende wirtschaftliche, politische und soziale Frustration in Ost-Jerusalem

Die wirtschaftliche, politische und soziale Lage der Palästinenser Ost-Jerusalems hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Palästinenser in Ost-Jerusalem verfügen nicht über die israelische

Entscheidung 2600 Hauseinheiten in Ost-Jerusalem zu bauen, die Atmosphäre mit den Palästinensern und der gesamten Arabischen Welt vergiften würde. Vgl. hierzu: Haaretz, "White House responds to Netanyahu: American values gave Israel the Iron Dome" 7. Oktober 2014, online unter: <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/1.619534>

Staatsbürgerschaft sondern nur über den Status eines „permanent resident“, der ihnen eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung in Israel verleiht. Um staatliche Dienstleistungen zu erhalten, müssen Palästinenser dem israelischen Innenministerium einen Nachweis über ihren dauerhaften Aufenthalt in Ost-Jerusalem erbringen. Bei einem mehr als siebenjährigen Aufenthalt im Ausland kann diese Aufenthaltsgenehmigung entzogen werden.¹³ Dies ist bisher in rund 14.000 Fällen geschehen.¹⁴ Zudem ist dieser Aufenthaltsstatus seit dem Jahr 2003 im Falle einer Heirat nicht mehr auf den jeweiligen Partner übertragbar. Dies macht „legale“ Eheschließungen zwischen Palästinensern aus Ost-Jerusalem und der Westbank fast unmöglich. Auch Kinder, aus „gemischt palästinensischen“ Ehen (Westbank – Jerusalem) erhalten seit dem Jahr 2005 in der Regel nur noch eine befristete einjährige Ost-Jerusalem Aufenthaltsgenehmigung.¹⁵ Als Folge schätzte die UN, dass bereits im Jahr 2011 im Osten Jerusalems mehr als 10.000 nicht registrierte „illegale“ Kinder lebten, die über keinerlei Zugang zum staatlichen Bildungs- und Gesundheitssystem verfügten.¹⁶ Wie ein Bericht der

¹³ Vgl. UN, United Nations Conference on Trade and Development (Hrsg.), The Palestinian Economy in East-Jerusalem, UN Report 8. Mai 2013, S. 9

¹⁴ Vgl. hierzu: UN Vollversammlung, GA/PAL/1290, vom 08.04.2014, online unter: <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/14E4277E5F0DD1E685257CB500429BDC>

¹⁵ Kinder aus „gemischt-palästinensischen“ Ehen bekommen, wenn sie nicht bis zum 14. Lebensjahr in Ost-Jerusalem registriert werden nur noch begrenzte Aufenthaltserlaubnis. Damit besteht zwar ein Aufenthaltsrecht in Ost-Jerusalem, aber keinerlei Anspruch auf staatliche und soziale Leistungen. Vgl.: Society of St. Yves (Hrsg.), Palestinian Families Under Threat, 10 Years Of Family Unification Freeze In Jerusalem, December 2013, S. 16,

¹⁶ UN OCHA, Special Focus East Jerusalem. Key humanitarian concerns, März 2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN

BASTIAN SCHROEDER

TESSA LAMBRICH

FEE BRINKMANN

FLORIAN DAULL

NICOLE ROY

29. Oktober 2014

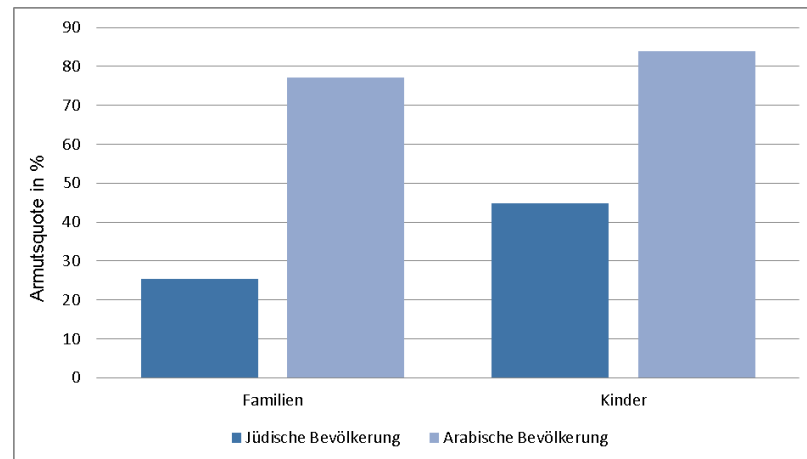
www.kas.de/ramallah

www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

UN aus dem Jahr 2011 zeigt, leben rund 84% der Kinder Ostjerusalems in Armut.¹⁷ Gestützt wird diese Zahl durch eine Statistik des Israelischen Central Bureau of Statistics, welche 77 % der arabischen Familien Jerusalems unterhalb der Armutsgrenze platziert.¹⁸

Abb. 1, Armutsquote in Jerusalem



Quelle: The Jerusalem Institute for Israel Studies (Hrsg.), Statistical Yearbook of Jerusalem, 2014 Edition, online: <http://jiis.org/?cmd=statistic.506>

Seit Israel die Einfuhr palästinensischer Waren nach Ost-Jerusalem im Jahr 2010 verbot, verlor die Stadt ihre Stellung als wichtiger Absatzmarkt palästinensischer Produkte. Zudem wird der legale Waren- und Personenverkehr aufgrund der Speranlage zwischen Ost-Jerusalem und der Westbank immer schwieriger.

Daneben sehen sich viele Palästinenser in Ost-Jerusalem politisch abgekoppelt. Seit der von Israel erwirkten Schließung des Orienthauses im Jahr 2001 existiert quasi keine palästinensische politische Vertretung mehr

in Ost-Jerusalem.¹⁹ Dies führt zu einem politischen Vakuum. Gerade im Nachgang des dritten Gazakrieges und einer (wie durch die KAS-PSR Umfragen gezeigt) generellen Radikalisierungstendenz innerhalb der palästinensischen Bevölkerung fällt es gemäßigten palästinensischen Kräfte zunehmend schwer sich in Ost-Jerusalem durchzusetzen.

Emigration oder Radikalisierung

Die Summe dieser Faktoren führt zu zwei völlig unterschiedlichen Ausprägungen: entweder dem Wunsch nach Emigration oder der Bereitschaft zur gewalttätigen Widerstand.

Die Probleme in Ost-Jerusalem durchdringen alle Gesellschaftsschichten. Kaum ein Palästinenser in Ost-Jerusalem ist von den Entwicklungen der letzten Jahre und der zunehmenden Gewalt verschont geblieben. Ein „Weiter-so“ ist daher für die meisten Palästinenser kaum denkbar. Wer es sich leisten kann, neigt immer häufiger dazu, auszuwandern. Gerade unter den christlich-palästinensischen Familien ist die

¹⁷ Vgl. UN, United Nations Conference on Trade and Development (Hrsg.), The Palestinian Economy in East Jerusalem, UN Report 2013, S. 50

¹⁸ Vgl. The Jerusalem Institute for Israel Studies (Hrsg.), Statistical Yearbook of Jerusalem, 2014 Edition, online unter: <http://jiis.org/?cmd=statistic.506>

¹⁹ Das Orienthaus in Jerusalem war bis zu seiner Schließung am 10. August 2001 der Hauptsitz der PLO in Ost-Jerusalem. Vgl. hierzu: <http://www.faz.net/aktuell/politik/naher-osten-palaestiner-protestieren-gegen-schliessung-des-orient-hauses-130630.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN

BASTIAN SCHROEDER

TESSA LAMBRICH

FEE BRINKMANN

FLORIAN DAULL

NICOLE ROY

Auswanderungsrate überproportional hoch. Dadurch schwindet die christliche Gemeinschaft in Jerusalem nicht nur rein quantitativ, sondern verliert auch zunehmend ihren Status als „Vermittler“, der einen mäßigenden Einfluss auf beide Seiten ausüben kann. Bei jenen Palästinensern in Ost-Jerusalem, denen die Möglichkeit der Auswanderung verwehrt bleibt, führt die Rat- und Hilflosigkeit hingegen immer häufiger zu Gewaltbereitschaft.

29. Oktober 2014

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Bisher haben die Ausschreitungen in Jerusalem zwar noch keinen regionalen Intifada-Charakter erkennen lassen. Gleichwohl gilt, wie schon im Hinblick auf den Gazastreifen, dass radikale Kräfte und radikale Ideologien von einer weiteren Isolation Ost-Jerusalems am meisten profitieren werden. Für die gemäßigte Palästinenserführung in Ramallah besteht damit die Gefahr, weiter an Boden zu verlieren.

Das Augenmerk der internationalen Gemeinschaft, Israels und der Palästinenser muss es daher sein, die gesamtgesellschaftliche Lage der Menschen in Ost-Jerusalem zu verbessern und eine von beiden Seiten akzeptierte, dauerhafte Lösung für religiöse, wirtschaftliche, politische und soziale Fragen zu finden. Eine weitere Eskalation der Lage darf von allen Akteuren nicht unterschätzt werden. Für die Sicherheit Israels sollte eine gezielte Entspannung der aktuellen Lage und der Lebensbedingungen der Palästinenser in Ost-Jerusalem imperativ sein. Denn in Jerusalem hat die Sicherheitsfrage eine ganz andere Qualität als in der West Bank oder in Gaza, da man sich jenseits der Sperranlage befindet und jede Konfrontation sich buchstäblich vor der Haustür befindet.